

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 82 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Mittwoch, 29. Dezember 1937

Nr. 305

Carol beruft die Rechte

Kabinet Goga bereits ernannt und vereidigt

Bukarest. Die Regierung Tatarescu hat am Dienstag demissioniert. Um 4 Uhr nachmittags wurde Ministerpräsident Tatarescu, welcher noch am Vormittag einem Ministerrat präsidiert hatte, vom König in Audienz empfangen. Nach Beendigung der Audienz gab Tatarescu der Presse folgende Erklärung:
„Obwohl die Regierung im Senat eine große Mehrheit besitzt, kann sie sich in der Kammer nicht auf eine eigene Mehrheit stützen. Angesichts dieser Lage, welche die Durchführung des Regierungsprogramms unmöglich macht, verlassen wir nach vierjähriger fruchtbarer Arbeit die Regierung. Am 4 Uhr habe ich dem König die Demission der Regierung überreicht. Die Wahlen vom 20. Dezember haben keine Unterstützung zur weiteren Fortführung unseres Programms gebracht. Wir beugen uns diesem Sprach.“

Am Nachmittag empfing der König den zweiten Präsidenten der nationalchristlichen Partei Goga in Audienz. Nach dem Verlassen des königlichen Palais teilte Goga mit, daß er mit der Regierungsbildung auf breiter Basis beauftragt worden sei.

Die nationale Bauernpartei erklärt, daß die einzig normale Lösung der Krise die Berufung der nationalen Bauernpartei zur Regierung wäre. Sie werde jede andere Kombination entschlossen bekämpfen.

Drei bisherige Nationalzaranis' en gewonnen

Nach der bisher nur offiziell bekanntgewordenen Ministerliste wird die nationalchristliche Partei folgende Ministerien belegen:
Ministerpräsident: Octavian Goga.
Aussenwes.: Dr. Istrateviceanu (erst vor kurzem aus der liberalen Partei übergetreten).
Finanzen: Savu.
Industrie: Vigungu (bekannter Großindustrieller).
Unterricht: Vestruciu (Universitätsprofessor in Jassy).
Kultur: Lupu.
Gewerkschaften: Ghitescu.
Arbeit: Georg Goga (Sohn des Parteivorsitzenden).
Gesundheit: Dr. Panu.
Ohne Fortsetzungen: Professor A. Goga (Partei-vorsitzender).

Von den bisherigen Mitgliedern der Nationalen Bauernpartei wurden für das neue Kabinett gewonnen:
Innenwes.: Galescu.
Kriegsbau: Botarca.
Justiz: Radulescu-Mehedint.
Als parteilos gelten:
Luftfahrt und Marine: Trimescu.
Armee: General Antonescu.
Zu Unterstaatssekretären wurden ernannt: im Ministerratspräsidium Gogos (bisher Programmdirektor der rumänischen Rundfunk), im Außenministerium Lucian Blaga (Presschef der rumänischen Gesandtschaft in Bern) und im Kriegsministerium die Generale Teodorecu und Clah.

Es fragt sich nur, ob auch die rumänische Außenpolitik sich ändern wird — eine Frage, an deren Beantwortung die Tschechoslowakei sehr interessiert ist. Es kann geschehen, daß in dieser Hinsicht in den nächsten Stunden beruhigende Erklärungen erfolgen werden und festgestellt wird, daß sich der Kurs der rumänischen Außenpolitik nicht ändern wird. Ob eine solche Erklärung nur ein taktischer Schachzug ist oder ob das auch die wirkliche Absicht der neuen Herren Rumäniens ist, wird bereits die allernächste Zukunft lehren.

Die Parole: Nationalismus

Bei der Vereidigung der Regierung, die noch Dienstag abends erfolgte, wies der König in einer Ansprache darauf hin, daß er nicht ohne genaue Überlegung diesem Kabinett in dieser schweren Stunde die Führung des Landes übergeben habe. Sie betreten, sagte er, einen neuen Weg, dessen Leitmotiv der Nationalismus ist. Das ist eine schöne Lösung, aber auch eine Lösung, die schwer zu erfüllen ist. Schließlich verwies der König darauf, daß die Lösung „Gott, König und die Nation“ die beiden Glaubensrichtungen der Gegenwart umfasse. Die Kraft des Nationalismus, beruhend auf dem Fundament des Landes, welches der Bauer ist, das seien die Symbole der Einigkeit innerhalb der Regierung.

Ministerpräsident Goga versicherte den König in längeren Ausführungen der unbegrenzten Ergebenheit und Eiferbereitschaft.

Titulescu in Wien

London. (Eigenbericht.) Zur Betrauung Gogas wird aus Bukarest gemeldet, daß der König durch diesen Schritt sowohl M. A. Titulescu (Nationalzaranist) als auch G. D. Titulescu (Führer der Eisernen Garde) treffen wolle, die beide nicht nur ihm selbst, sondern auch seiner Umgebung gefährlich werden können. Der Rücktritt Tatarescus erfolgte unter größter Erregung, da über die Nachfolge überhaupt nichts feststand. Goga rechnet damit, die „Eisernen Garde“ zerschlagen zu können und auch Anhänger der Nationalzaranisten zu gewinnen.

Es wird mit Interesse vermerkt, daß Titulescu Montag abends in Begleitung seines Privatsekretärs Bukarest verlassen hat. Er traf Dienstag vormittags in Wien ein und erklärte dort Journalisten, daß seiner Reise keinerlei politische Bedeutung zukomme, sondern daß er lediglich den Wiener Kafespezialisten Professor Dr. Neumann konsultieren wolle.

Die Krise in der SdP

Mit dem Abflauen der Wirtschaftskrise test die Neubildung des Klassenbewußtseins bei jenen Fabrikarbeitern ein, die nach jahrelanger Arbeitslosigkeit endlich wieder vor der Maschine stehen und verdienen, aber auch Gelegenheit haben, die arbeiterfeindliche Haltung der Unternehmer aus eigener Erfahrung wieder kennenzulernen. Viele dieser Arbeiter waren in der Zeit der Arbeitslosigkeit verzwirbelt und geistig vollkommen entwirrt. Viele von den Jungen waren überhaupt noch nie in Arbeit gewesen. Der Gedanke der Volksgemeinschaft war der Strohbalm, an den sie sich klammerten. Sie hatten ja keine Gelegenheit, den Unternehmer am Montag auf die Probe zu stellen, der sie am Sonntag bei der SdP-Mandatsgebung „Kamerad“ genannt hatte. Diese Gelegenheit haben sie jetzt wieder. Und der Glaube an die Volksgemeinschaft zerbricht angesichts der harten sozialen Wirklichkeit wie eine Seifenblase. Der „Kamerad“-Unternehmer kürzt die Löhne und behandelt seine Volksgenossen Arbeiter schlecht und die Arbeiter lernen im Betrieb die alte Wahrheit kennen, daß sie zusammenhalten müssen, um den Unternehmer zur Anerkennung ihrer Rechte, ihrer menschlichen Würde und zum Zahlen erträglicher Löhne zu zwingen. Die Wahlen, die in den letzten Monaten in die Betriebsausschüsse vieler großer Firmen durchgeführt wurden, brachten denn auch den völkischen Gewerkschaften, die der Volksgemeinschaftsideologie der SdP nahe stehen, schwere Niederlagen, während die freien Gewerkschaften große Erfolge erzielten. Diese gewerkschaftliche Umorientierung der Arbeiter will besagen, daß die Arbeiter der sachlichen gewerkschaftlichen Arbeit den Vorrang gegenüber der völkischen Phrase geben, von der die Denkeingewerkschaften leben. Die Arbeiter geben der Erkenntnis, daß die sachliche Arbeit für sie wichtiger ist als die völkische Phrase, zunächst einmal im Betrieb Ausdruck. Das ist ganz selbstverständlich. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß aus dieser Verabsachlichung des Arbeiterdenkens ein politischer Stimmungswandel erwächst, sofern diese Arbeiter bisher der SdP nachliefen. Sie müssen und werden bald bemerken, daß die soziale Arbeit der Gewerkschaften politisch fundiert und unterstützt werden muß, soll sie erfolgreich und von Dauer sein, und sie werden erkennen, daß eine solche politische Unterstützung gewerkschaftlicher Arbeit nicht von der Unternehmerpartei des Herrn Konrad Henlein, sondern nur von der den freien Gewerkschaften nahestehenden und nur ihnen kooperierenden sozialdemokratischen Partei zu haben ist. Es gibt Leute, die sich darüber wundern, daß die Abwanderung der Arbeiter von den Denkeingewerkschaften gerade in jenen Betrieben am augenfälligsten ist, deren Anhänger eifrige SdP-Leute sind. Uns wundert das nicht. Gerade diese Unternehmer verkörpern den Widerspruch am augenfälligsten, der zwischen den halbwegs vollen sozialen Worten der SdP und ihren sozialen Taten ausläuft. Den Arbeitern verpflichtet der Herr Henlein, den Unternehmern aber gilt er. Die Arbeiter sind jedoch nicht auf den Kopf gefallen, und so lernen sie in den Betrieben der Henlein-Unternehmer noch rascher als anderswo jenes Klassenbewußtsein, das bei den Betriebsratswahlen zum Ausdruck kommt. Die SdP schafft den Klassenkampf nicht ab; die unsozialen SdP-Unternehmer zwingen die Arbeiter erst recht, den Klassenkampf zu führen. In den Betrieben eignen sich die Arbeiter die Fähigkeiten an, die soziale Phrase von der sozialen Realität zu unterscheiden. Dieser geistige Prozeß, von dem die Denkeingewerkschaften jetzt erfasst sind, wird sich fortsetzen, um so mehr, als er von den freigerwerkschaftlichen Arbeitern planmäßig gefördert wird.

Die Krise der Henleinpartei ist aber auch aus der Tatsache erkennbar, daß auf Befehl des Hauptrates innerhalb der SdP keine Neuwahlen vorgenommen werden dürfen. Das will besagen, daß die Mandate der jetzigen Funktionäre um ein ganzes Jahr verlängert werden. Wir müssen schon sagen, daß es so etwas noch in keiner Partei gegeben hat, die Wert darauf legt, als demokratische Partei betrachtet zu werden. Zwar weiß man, daß die „Wahlen“ innerhalb der SdP ohnehin nur bedingten Wert haben, weil sie nichts anderes sind als verkleidete Ernennungen. Um so auffälliger ist die Voreiligkeit auch dieses

Neuer Vorstoß gegen die Rechte der Ausländer

London. (Eigenbericht.) Während Tokio am Dienstag dem britischen Votschafter die Entschuldigung Japans für das Bombardement des englischen Kanonenbootes „Labrador“ übergab, kündigten gleichzeitig die japanischen Militärbehörden in Shanghai einen neuerlichen Vorstoß gegen die Ausländer und namentlich England an.

In der Internationalen Konzeption, in welcher britische Polizeitruppen Dienst versehen, wurde Dienstag morgens auf ein Boot mit japanischen Soldaten von einer Brücke aus eine Handgranate geschleudert, durch welche ein japanischer Soldat verwundet wurde. Ein ähnlicher Zwischenfall hatte sich Montag an genau der gleichen Stelle ereignet. Die japanischen Militärbehörden nahmen diese — wahrscheinlich von ihnen selbst arrangierten — Zwischenfälle zum Anlaß,

den englischen Behörden in Shanghai mitzuteilen, daß Japan, falls keine „Garantien“ für die Sicherheit der Japaner in der Internationalen Konzeption gegeben würden, selbst die erforderlichen Schritte zur Herstellung dieser Sicherheit unternehmen würde. Das bedeutet, daß Japan die Absicht hat, die Internationale Konzeption militärisch zu besetzen.

In London wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der Bevölkerung innerhalb der Konzeption sich infolge der Kämpfe auf vier Millionen Menschen erhöht hat, wovon fast die Hälfte chinesische Flüchtlinge seien. Keine Polizei der Welt könne unter solchen Umständen eine Garantie dafür geben, daß solche Angriffe, die überdies häufig durch japanische Provokationen hervorgerufen werden, reißlos verhindert werden könnten.

bet, dann droht die Gefahr, daß sein Kabinett in eine antiparlamentarische Strömung gerät, also auch in Rumänien ein diktatorisches Regime Platz greift, wie es in Polen und Jugoslawien der Fall ist. Aber selbst, wenn Goga eine parlamentarische Mehrheit sich zusammenruft, selbst dann bedeutet eine Regierung Goga ein Einfallstor der rumänischen Innenpolitik nach rechts.

Die Regierung Tatarescu, welche in Rumänien durch vier Jahre das Heft in der Hand gehabt hat, ist nun infolge des für sie ungünstigen Wahlausfalles zurückgetreten. Ihre in den Wahlen eingegangene Verbindung mit kleineren Gruppen hat ihr nicht genügt, sie hat die vierzig Prozent der Stimmen, welche der sie erreichenden Gruppe wenigstens die Hälfte der Mandate der rumänischen Kammer sichern, nicht erreicht und verfiel demnach über keine parlamentarische Mehrheit. Mit dem Rücktritt des Ministerpräsidenten endet sein ruhmreiches Kapitel der rumänischen Innenpolitik. Tatarescu ist aus der liberalen Partei hervorgegangen, aber liberal war seine Regierungsweise nicht. Sein Innenminister hat die meiste Rücksicht auf die faschistische Rechte genommen, was ihm oft gewichtiger erschien als die staatliche Autorität. Die staatliche Exekutive, insbesondere die Polizei, ist von Faschisten durchsetzt und die Regierung Tatarescu hat wenig dagegen getan. Etwas positiver schließt die Bilanz des zurücktretenden Ministeriums in außenpolitischer Beziehung ab. Die Befürchtungen, die man nach dem Rücktritt Titulescus hegte, daß die rumänische Außenpolitik werde in das Schlepptau Deutschlands und Italiens geraten, haben sich nicht verwirklicht. Minister des Aussenwesens Antonescu hat an dem Bündnis mit Frankreich und an der kleinen Entente festgehalten.

Nach parlamentarischer Tradition müßte nun die zweitgrößte rumänische Partei, die Nationalzaranisten, mit der Bildung der Regierung betraut werden, die bei den Wahlen an 90 Mandate erhalten hat (gegen 150 des bisherigen Regierungsblocks). Das ist nun nicht geschehen. (Die Nationalzaranisten sind eine demokratische Bauernpartei, die an den parlamentarischen Regierungsmethoden festhält, die aber viele Demokraten dadurch enttäuscht hat, daß sie sich der faschistischen „Eisernen Garde“ genähert hat). Mit der Bildung der Regierung wurde jedoch der Führer der nationalchristlichen Partei Goga betraut, hinter dem nicht mehr als etwa vierzig Abgeordnete stehen und der selbst in Verbindung mit der ebenfalls rechtstehenden Partei Prof. Vorgas nicht einmal über 15 Prozent der Wählerstimmen verfügt, im Parlament also eine unbedeutende Minderheit darstellt. Wenn Goga keine breitere Grundlage seiner Regierung fin-

Vorstoß nach Südchina

Macao. Die Japaner beginnen nun auch in Südchina Truppen zu landen. Die schweren Schiffgeschwader der japanischen Flotte beschossen die Insel Bonan, südwestlich von der portugiesischen Kolonie Macao, worauf etwa 200 japanische Schiffe landeten. Der Truppentransport wurde von einigen japanischen Kriegsschiffen

Militärische Besetzung der Schanghai Konzeption angedroht

London. (Eigenbericht.) Während Tokio am Dienstag dem britischen Votschafter die Entschuldigung Japans für das Bombardement des englischen Kanonenbootes „Labrador“ übergab, kündigten gleichzeitig die japanischen Militärbehörden in Shanghai einen neuerlichen Vorstoß gegen die Ausländer und namentlich England an.

In der Internationalen Konzeption, in welcher britische Polizeitruppen Dienst versehen, wurde Dienstag morgens auf ein Boot mit japanischen Soldaten von einer Brücke aus eine Handgranate geschleudert, durch welche ein japanischer Soldat verwundet wurde. Ein ähnlicher Zwischenfall hatte sich Montag an genau der gleichen Stelle ereignet. Die japanischen Militärbehörden nahmen diese — wahrscheinlich von ihnen selbst arrangierten — Zwischenfälle zum Anlaß,

innerparteilichen demokratischen Delorsums. Sie ist ein Ausdruck der Furcht, von der die herrschende Führungslinie der SPD erfüllt ist: bei Neuwahlen könnten sich zumindest in den unteren Störperschaften Anhänger der Opposition einmischen und so etwas dazwischen in einer „demokratischen“ Partei doch auf keinen Fall geben. Da soll es schon lieber nicht einmal den Schein demokratischer Neuwahlen in den Parteiführerschaften geben! Vor den Wahlen des Jahres 1935 sind die Henleinleute mit der Parole krebsten gepöngt: „Wozen im Sped. Voll im Dred!“ Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die SPD von einer wahren Wozen-Dictatur regiert wird, die schon bei der geringsten oppositionellen Regung innerhalb der Partei um ihre Pfanden und Sch...

nen Pfanden fürchtet. Die Wozen wollen im Sped bleiben und ungehört genieszen.

Es wird vielleicht Subtendendeutsche geben, die auch dieses neue Theater der SPD als berechtigt ansehen und verteidigen. Die SPD-Arbeiter aber sagen sich, daß die einzige Antwort, die auf das Wahlverbot innerhalb der SPD gegeben werden kann, die ist, bei den Wahlen in die Betriebsausschüsse Rote zu wählen. Wir haben keinen Grund, über diese Entwicklung innerhalb der SPD nicht erfreut zu sein. Man darf im Gegenteil erwarten, daß sich die Äußerungen der Angst und der Sorge über die weitere Entwicklung der SPD bei den SPD-Führern in der nächsten Zeit häufen werden.

Auch das Seminargebäude besetzt

Barcelona. (Ag. Gp.) Verteidigungsminister Prieto erklärte Dienstag abends um 19 Uhr 15 bei Beginn des Ministerrates den Journalisten, daß auch das Seminargebäude in Zornel in die Hand der Regierungstruppen gefallen sei.

In Zornel haben die Regierungstruppen Sonntag morgens 200 politische Gefangene der Rebellen befreit, darunter mehrere Geiseln und dreißig Frauen, die alle wegen angeblicher Sympathien mit der Republik verhaftet worden waren und als Geiseln benutzt werden sollten. Das Tor des Gefängnisses neben dem Seminar lag unter dem häßlichen Feuer der Rebellen, aber die republikanischen Truppen brachen mit Haken in mehrstündiger Arbeit eine große Bresche in die Mauer, so daß die Gefangenen die benachbarten Häuser erreichen konnten, die bereits von Republikanern besetzt waren.

Auf dem Seminargebäude war Dienstag mehreremale die weiße Fahne gehißt, dann aber wieder eingesogen worden. Zahlreiche Gefangene bestätigten, daß zwischen den Anhängern und den Gegnern der Uebergabe heftige Auseinandersetzungen geführt wurden.

Zwischen Rebellenflugszenen und republikanischen Flugzeugen kam es Dienstag früh bei Zornel zu einem heftigen Luftkampf, bei dem drei Jagdflugzeuge der Rebellen abgeschossen wurden. Auf Regierungsseite wurde eine Maschine außer Gefecht gesetzt.

Hitler-Besuch in Danzig abgesagt

London. (Eigendbericht.) Die für Mitte Jänner vorgesehene Reise Hitlers nach Danzig ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden, da sich die Danziger Behörden für eine solche Reise nicht erklären, die persönliche Sicherheit Hitlers zu garantieren. Die Danziger Polizei hatte von dem Gestapo-Chef Himmler verlangt, daß dieser mindestens 5000 Gestapo-Männer zur Verstärkung nach Danzig schicke. In Berlin befürchtete man jedoch, daß Polen gegen eine solche Invasion in Danzig protestieren würde. So wurde schließlich der ganze Plan fallen gelassen. Die Erklärung der Danziger Behörden, daß sie die Sicherheit Hitlers nicht garantieren

könnten, darf als Beweis dafür gewertet werden, daß die Opposition in Danzig sehr stark ist.

Während der Weihnachtsfeierstage hielt sich der polnische Außenminister Beck bei dem polnischen Geschäftsträger in Danzig auf. Er hatte auch Unterredungen mit dem Hochkommissar des Völkerbundes Professor Durakbart. Wahrscheinlich wurde Beck über die Absicht der Danziger Nationalsozialisten informiert, die Reichsmark neben dem Danziger Gulden zur Landeswährung zu machen. Polen hat schon einmal die Danziger Behörden vor diesem Versuch der wirtschaftlichen Gleichschaltung gewarnt.

Amerika zieht Erkundigungen ein

Washington. Staatssekretär Hull teilte am Dienstag mit, daß er das amerikanische Generalkonsulat in Shanghai angewiesen habe, umgehend festzustellen, ob die neuen japanischen Gerichtsvorschriften im Tangsegebiet bedeuteten, daß verhaftete Amerikaner nicht mehr vor ein territoriales amerikanisches Gericht kommen, sondern von Japanern durch einen Befehlungsgerichtshof abgeurteilt würden. Im letzteren Falle würde leicht eine erneute Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan eintreten können.

De Valera am Ziel

Dublin. Um Mitternacht auf Mittwoch verschwindet der Freistaat Irland und an seine Stelle tritt ein neuer Staat mit dem offiziellen Namen „Eire“, d. i. Irland, so wie es die neue Verfassung, die Mittwoch früh in Kraft tritt, vorschreibt. Ministerpräsident de Valera wird den Amtstitel „Saoiaseach“, d. h. Führer innehaben. Es wird ferner ein neues föderatives Organ, d. i. der Senat errichtet. Die gesetzgebende Gewalt wird sich in Händen des „Dail“, der Kammer und des Senates befinden. Der Senat wird am 19. März konstituiert werden und 60 Mitglieder zählen, von denen sechs die Universitäten, 43 die Kammern und die Gräfenschaftsregierungen wählen und 11 der „Führer“ ernennen wird. Der Senat wird das Inkrafttreten von Gesetzen verzögern können.

Ihr laßt den Armen schuldig werden...

Von Margarete Neumann

Adele Schweigt. Sieh, gernartest das Hirn. Sie kann den Untersuchungsrichter nicht überzeugen. Sie sagt nur immer wieder: „Ich bin unschuldig!“

„Abführen! Vergner, Sie werden noch beweisen, uns die Arbeit so schwer gemacht zu haben! Gut. Ihre Sache — wie Sie wollen!“

Im Gefängnis

Über den Dächern von Wien scheint die Sonne. Diesmal nicht im Traum Adeles, sondern in Wirklichkeit. Ihre Strahlen wärmen die Hebereste des Winters weg. Spähen lärmten in den Dachrinnen, eine Amsel lockt hoch oben auf dem Mikableiter, den Adele durch das Fenster der Zelle sehen kann.

Niederhaft wird der Prozeß vorbereitet. Tut nichts, wenn die Vergner — sie ist ein verhödtes Frauenzimmer — noch immer leugnet. Die Haade, mit der sie den Hieb gegen Weiler führte, hat man bei Weiler in der Wohnung gefunden. Die Spuren seines Blutes waren noch vorhanden. Man hat auch den Mann und die Tochter der Kinder verhaftet, die halber verhaftet. Denn in dem einen Winkel glaubte man auch der Kinder nicht; daß die beiden Frauen nichts an sich genommen hätten. Sicherlich die Kinder in dieser Beziehung? Will sie davon nichts sagen, weil sie hofft, wenn sie ihre Strafe verbüßt haben wird, holt sie sich die Beute? Sie rechnet damit, daß die Vergner — als Haupttäterin — niemals mehr dazu Gelegenheit haben wird. Darum leugnet sie

wohl in diesem Punkte. Daß sie aber dem Mann und der Tochter auch nichts von dem Versted erzählt habe, glaubte man nicht. Beide wurden gründlich verhört, schließlich aber konnte man sie nicht weiter in Haft lassen, die zwei wählten scheinbar wirklich nicht. Polizei, Untersuchungsrichter und Staatsanwalt stehen da vor einem noch ungeklärten Rätsel. Sonst sprechen aber sämtliche Indizien dafür, daß die beiden Frauen einen Raubmord begangen, ihn vorsätzlich begangen haben. Der Prozeß wird sicher auch noch das Versteck der Beute an den Tag bringen.

Adele Vergner steht vor dem Fenster ihrer Zelle. Die nie sehr roten Wangen sind ganz blutleer, die Augen, ausgetrocknet, durch Nachtarbeit nicht entzündet, glänzen unnatürlich in dem mageren Gesicht. Adele kommt sich so eigen vor. Als ob ihr Jäh irgendwo von ihr abgefallen wäre. Die, die an dem Fenster steht, ist nicht auf Erden, sie lebt entrückt aller Gegenwart. Oft träumt sie in diesem Zustand so lebhaft wie eben jetzt.

Der kleine schwarze Sänger, mit dem gelben Schnabel, es ist — Marion!

„Liege zu mir!“ lockt er.

„Ich bin im Käfig, Geliebter! Wie mit dem Schnabel die Glascheibe durch, dann bin ich frei und fliege mit dir in den Himmel!“

Die Haftpfichole gault Adele manchmal ganz sonderbare Bilder vor. Dann weicht sie zurück vom Fenster, durchquert den schmalen Raum ruhlos. Abwehrend hält sie die Arme vor sich, flüstert:

„Weh, geh! Ich habe dich nicht hören wollen! Nein, hörst du! Schrei nicht so, der Wärter wird es hören!“

„Mörder! Hölle!“

Wer hat gerufen? Adele erwacht aus dem Nierennahn. Glaukt die Hilferufe Weilers genau zu hören. Sie flüchtet in die Ecke der Zelle, bebt am ganzen Körper. Nach solchen Stunden beginnt die Selbstbeinigung, die Selbstanlage. Sie findet keinen Schlaf und wenn, dann sieht der

Das Presseabkommen mit Deutschland und seine juristischen Voraussetzungen

Von Dr. Egon Schwelb

Was politisch zu dem Abkommen über einen „Pressefrieden“ zu sagen ist, über den nach unividerprotonen-offiziellen und offiziellen Mitteilungen zwischen der tschechoslowakischen Regierung und den Machthabern des Dritten Reiches verhandelt wird, ist in diesem Blatte bereits gesagt worden. (Siehe den Leitartikel vom 23. Dezember 1937.) Der Jwed diese Rellen ist es, die Rechtslage darzustellen, von welcher die tschechoslowakische Regierung bei diesen Verhandlungen ausgehen und mit welcher sie rechnen muß.

Die deutschen Unterhändler verlangen nach den Meldungen u. a. das Verbot der in der Tschechoslowakischen Republik erscheinenden sogenannten „Emigrantenblätter“, und das Einfuhrverbot für einzelne in Frankreich erscheinende, unter die Kategorie der Emigrantenzeitungen fallende Druckschriften.

Die Unterdrückung der in der Tschechoslowakischen Republik erscheinenden sogenannten Emigrantenblätter

Nach § 118 der tschechoslowakischen Verfassungsurkunde ist die Freiheit der Presse, sowie das Recht, sich ruhig und ohne Waffen zu versammeln und Vereine zu bilden, gewährt. Es ist daher grundsätzlich nicht gestattet, die Presse einer Präventivensur zu unterwerfen. Nach § 117 der Verfassungsurkunde kann jedermann innerhalb der Grenzen des Gesetzes seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild und dergleichen äußern.

Nach § 118, Abs. 3 der Verfassungsurkunde können durch ein Gesetz insbesondere für die Beteiligung von Ausländern an politischen Vereinen Beschränkungen eingeführt werden. Auf diese Weise, nämlich durch ein Gesetz, kann bestimmt werden, welchen Beschränkungen die Grundlage der vorstehenden Absätze während eines Krieges oder davor unterliegen, wenn innerhalb des Staates Ereignisse eintreten, die in erhöhtem Maße die republikanische Staatsform, die Verfassung oder die öffentliche Ruhe und Ordnung bedrohen.

Daraus folgt:

- Da es grundsätzlich nicht einmal gestattet ist, die Presse einer Präventivensur zu unterwerfen, ist es um so weniger gestattet, die Presse mit Wirkung für die Zukunft, also gleichfalls in präventiver Weise, überhaupt zu verbieten.
- Wenn bestimmt wird, daß für die Beteiligung von Ausländern an politischen Vereinen durch einfaches Gesetz Beschränkungen eingeführt werden können, so folgt daraus, daß die im § 118, Abs. 1 erwähnte Freiheit der Presse, Versammlungsfreiheit und Vereinsfreiheit nicht nur den Inländern, sondern auch den Ausländern zusteht und nur für das Gebiet des Vereinzweckens eine Sonderbehandlung der Ausländer, nämlich die Beschränkung der Beteiligung an politischen Vereinen, verfassungsmäßig zulässig ist. Auch die Fassung des § 117 („jedermann“), läßt keinen Zweifel darüber übrig, daß auch ein Ausländer innerhalb der Grenzen des Gesetzes seine Meinung durch Wort,

Schrift, Druck, Bild und dergleichen äußern kann.

c) Schließlich ergibt sich daraus, daß Beschränkungen der Pressefreiheit nur während eines Krieges oder während des sogenannten Ausnahmezustandes zulässig sind.

Das Verfassungsgesetz vom 9. April 1920, Slg. Nr. 293 über den Schutz der Freiheit der Person und des Hauses, sowie des Briefgeheimnisses bestimmt im § 13, daß nur durch Gesetz bestimmt werden kann, welchen Beschränkungen die Bestimmung des § 118 der Verfassungsurkunde während eines Krieges oder dann unterliegen, wenn im Innern des Staates oder an seinen Grenzen Ereignisse eintreten, die in erhöhtem Maße die Integrität des Staates, seine republikanische Form, die Verfassung oder die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden.

Im Sinne des § 118 der Verfassungsurkunde und des § 13 des Verfassungsgesetzes über den Schutz der Freiheit der Person und des Hauses sowie des Briefgeheimnisses ist das Gesetz über außerordentliche Verfügungen vom 14. April 1920, Slg. 300, erlassen worden. Dieses Gesetz bestimmt in seiner nach dem Gilecumsturz verschärften Fassung der Novelle vom 10. Juli 1933, Slg. Nr. 125, daß während eines Krieges oder dann, wenn im Innern des Staates oder an seinen Grenzen Ereignisse eintreten, die in erhöhtem Maße die Integrität des Staates, seine demokratisch-republikanische Form, die Verfassung oder die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, außerordentliche Verfügungen erlassen werden können, die unter anderem die Pressefreiheit einschränken oder aufheben. Die nach diesem Gesetze zulässige außerordentlichen Verfügungen können längstens auf die Dauer von drei Monaten und nur insoweit angeordnet werden, als sie unumgänglich notwendig sind. Zu den außerordentlichen Verfügungen ist ein vom Präsidenten der Republik genehmigter Beschluß der Regierung notwendig. § 10 dieses Gesetzes bestimmt nun, daß während der Geltung der außerordentlichen Verfügung die staatlichen Sicherheitsbehörden die Herausgabe und Verbreitung von Druckschriften einschränken, besondere Bedingungen unterwerfen und im Falle äußerster Notwendigkeit ihre Herausgabe einstellen können.

Daraus geht also hervor, daß die Verfassungsurkunde, ferner das Verfassungsgesetz Nr. 293/20 sowie das Gesetz über außerordentliche Verfügungen in seiner verschärften Fassung aus dem Jahre 1933 die Einstellung von Zeitungen nur für die Dauer des Ausnahmezustandes lenken, und auch da nur im Falle äußerster Notwendigkeit.

Selbst das Staatsverteidigungsgesetz Nr. 131/36 läßt besondere Vorschriften auf dem Gebiete des Pressewesens nur für den Fall der Wehrebereitschaft (Mobilisierung oder Kriegszustand) zu und lenkt nur für die Zeit der Wehrebereitschaft in seinem § 125 das Verbot der Herausgabe und Verbreitung von Druckschriften, durch deren Inhalt die Interessen der Verteidigung des Staates oder andere wichtige Interessen der Tschechoslowakischen Republik oder ihrer Verbündeten oder die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden könnten.

Die tschechoslowakische Gesetzgebung hat sich allerdings darüber, daß das Verbot einer Druckschrift außerhalb des Falles des Ausnahmezustandes mit der Verfassungsurkunde im Widerspruch steht, hinweggesetzt, und läßt — wenn wir von

Gelobt bei Christus dem Erlöser, demütig, fromm und gläubig zu bleiben!“

„Ich seage Sie, Adele Bergner, die Sie freiwillig zu mir kamen, sind Sie mitschuldig an dem Mord?“

„Ja!“ antwortet die kleinen weihgekleideten Mädchen dem Priester, Adele hört auch ihr eigenes Nares, ruhiges „Ja!“ Das Brausen der Orgel, den Chor, sie ist entrückt, fühlt sich innerlich glücklich.

„Dann unterschreiben Sie das Protokoll!“

Jäh erwacht Adele. Schaut auf, sieht den Mann vor sich, der ihr einen beschriebenen Vogen Papier vorlegt. Mechanisch übernimmt sie aus des Untersuchungsrichters Hand die Feder, unterschreibt.

„Sie haben uns fast sieben Monate auf dieses „Ja“ warten lassen, Adele Bergner. Tut nichts! Halten Sie sich bereit, ich werde Sie später nochmals einvernehmen, für heute genügt mir das Geständnis! Führen Sie die Frau ab!“ befiehlt er der Wache.

Adele hört den Klang der Stimme, versteht nicht den Sinn der Worte. Sie hat, so glaubt sie, endlich die Luft ausgefüllt, die zwischen ihrer Handlung: dem Rücksitzen auf dem Korridor und ihrem ruhigen Verweilen vorder in der Stube, war. Sie ist überzeugt: „Jetzt wird man verstehen, warum ich so verärgert war. Ein Mensch, der kurz vor dem Auffinden eines Ermordeten dessen Hilferufe hörte, sie unbeachtet ließ, ein Mensch mit Verantwortungsgefühl muß ja die Ruhe und Fassung verlieren, denn er hat aus egoistischen Regungen einen Mitmenschen hilflos zugrunde gehen lassen.“

Der Untersuchungsrichter aber hat an diesem Tage eine lange Unterredung mit dem Staatsanwalt. Die Anklage kann abgesetzt werden ohne weitere Verhöre der Vergner. Ihr Geständnis genügt. Man muß sich nur noch über den Tag des Prozeßes einigen.

(Fortsetzung folgt.)

alte Weiler tiefengroß vor ihr, seine Arme strecken sich ihr entgegen, er preßt sie an sich, drückt zu — der Brustkorb schmerzt schon — Adele schreit — etwa das Schweregebetet. Ihr Hirn, früher geruht, Modelle auszubeden, arbeitet während des unferntigen Nähganges irra. Manchmal rafft sie sich zum Widerstand auf. Dann führt sie Selbstgespräche:

„Ich hätte seinen Tod verhindern können, wenn ich rechtzeitig Hilfe geholt hätte!“

„Ich bin mitschuldig an seinem Tod, weil ich ihn habe erwidern lassen, aus Weventlichkeit, aus Furcht vor den Unannehmlichkeiten, vielleicht als Zeugin ausfallen zu müssen!“

jammer noch lockt der Amselruf hoch oben auf dem Mikableiter. Adeles Ohr vernimmt ihn deutlich.

„Wer so frei sein könnte!“ denkt sie schmerzhaft. „Aber ja, es liegt doch nur an mir! Ich habe dem Untersuchungsrichter selbst noch nie erzählt, daß ich die Hilferufe hörte, daß nur das meine ganze Schuld ist, eine Schuld, die mir den Schlaf, den Verstand raubt!“

Mittags, als die Wärterin das Essen bringt, bittet Adele:

„Ich möchte zum Untersuchungsrichter!“

Schneller, als Adele ahnt, wird der Wunsch erfüllt.

„Na also! So eine Einzelhaft macht den verflöchsten Verbrecher freier!“ denkt der Untersuchungsrichter.

Adele sitzt vor ihm. Neht, nach der langen Zeit der Haft, noch immer durch die Haftpfichole gehenmt, ist sie wieder hilflos. Sie hört sich reden, sie tut es mechanisch. In ihr spricht ein zweites Ich, Adele träumt. Ein kleines Mädchen, weih gekleidet, Blumen im Haar, ist sie. Aniet neben vielen weihgekleideten Mädchen, halb bezaubert von dem Wehrauch folgt sie der Jerentente des Priesters.

„Kommt alle, die Ihr reinen Herzens seid.“

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Dr. Jonak packt aus

Manipulationen mit Einladungen nach Nürnberg

dem Parteienauflösungsgebot aus dem Jahre 1933 absehen — die Einstellung von Druckschriften gemäß § 34 und § 34a des Gesetzes zum Schutze der Republik Nr. 50/1933 in der Fassung der Novellen Nr. 124/1933 und Nr. 140/1934 zu. Selbst nach diesen Schutzgesetzbestimmungen, deren Verfassungsmäßigkeit, wie gesagt, sehr problematisch ist, ist die Einstellung einer periodischen Druckschrift an die Voraussetzung gebunden, daß durch den Inhalt dieser Druckschrift in relativ kurzer Zeit durch gerichtliches Erkenntnis der Tatbestand bestimmter schwerer Verbrechen oder Vergehen nach dem Gesetze zum Schutze der Republik festgestellt worden ist und daß das Gericht ausgesprochen hat, daß die Herausgabe der Druckschrift eingestellt werden kann, weil mit Grund zu befürchten ist, daß die erwähnten Schutzgesetzverbrechen und Vergehen durch den Inhalt der Druckschrift auch weiterhin begangen werden.

Da es nun bekannt ist, daß durch den Inhalt der als Emigrantenblätter bezeichneten Zeitungen keineswegs Schutzgesetzverbrechen der im § 34 und § 34a festgelegten Art begangen worden sind, da demgemäß kein Gericht der Republik ausgesprochen hat und aussprechen konnte, daß die Einstellung der Blätter zulässig ist, ist es klar, daß die tschechoslowakische Regierung kein gesetzliches Mittel hat, die Einstellung dieser Blätter zu erzwingen, und zwar gleichgültig, ob sie von tschechoslowakischen Staatsbürgern oder Ausländern herausgegeben werden.

Die tschechoslowakische Staatsverwaltung hat, wie wir gesehen haben, zwar nicht das Recht, wohl aber die Macht, den Dritten Reiches zuliebe, die Einstellung der Emigrantenzeitungen zu erzwingen. In einer Zeit, in der Ausländer im allgemeinen und Emigranten im besonderen mehr oder weniger außerhalb der Rechtsordnung stehen, kann die Staatsverwaltung allerdings, indem sie den Emigranten auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete der Fremdenpolizei, Nachteile androht, von den Emigranten erzwingen, daß sie auf die weitere Herausgabe von Zeitungen verzichten. Sie kann also eine Unterdrückung erzwingen, auf die sie kein Recht hat. Wenn dies nicht die Staatsverwaltung, sondern ein Privatmann bezieht, macht er sich, wie § 1 des Terrorgesetzes Nr. 309/1921 besagt, „unabhängig der Strafbarkeit der Handlung nach anderen Strafbestimmungen“ einer Missetat schuldig. Wenn sich die tschechoslowakische Staatsverwaltung verpflichtet sollte, die Emigrantenzeitungen zu unterdrücken, verpflichtet sie sich, zu einer im innerstaatlichen Recht widersprüchlichen, in der Verfassung und in der einfachen Gesetzgebung nicht begründeten Maßnahme.

Das Einfuhr- und Verbreitungsverbot im Ausland herausgegebenen Druckschriften der Emigranten

§ 10 der Pressenovelle Nr. 126/1933 in der Fassung des Gesetzes Nr. 140/1934 besagt, daß das Ministerium des Inneren im Einvernehmen mit dem Ministerium des Außenwärtigen periodischen Druckschriften das Recht der Beförderung durch Post und Eisenbahn entziehen oder ihre Verbreitung überhaupt verbieten kann, wenn sie den in § 2, Abs. 1 oder 2 beschriebenen Charakter haben. Paragraph 2 handelt vom Kolportageverbot und die Bestimmung besagt also, daß die Einfuhr einer im Ausland herausgegebenen Zeitung unter den gleichen Voraussetzungen verboten werden kann, unter denen die Landesbehörde über eine Druckschrift das Kolportageverbot verhängen kann. Es ist also das Verbot der Einfuhr solcher ausländischer Druckschriften zulässig, welche direkt oder indirekt die Selbstständigkeit, verfassungsmäßige Einheit, Integrität, demokratisch-republikanische Staatsform oder die demokratische Ordnung der Tschechoslowakischen Republik untergraben oder schwächen oder welche die Schamhaftigkeit grüßlich beleidigen. Ebenso kann die Kolportage einer Druckschrift und demgemäß die Verbreitung einer ausländischen Druckschrift verboten werden, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung, insbesondere durch ihren unmaßvollen oder die Wahrheit entstellenden Inhalt gefährdet.

Es ist nur notwendig, den hier wörtlich zitierten Inhalt des Gesetzes durchzulesen, um festzustellen, daß er auf die in Frage kommenden Druckschriften wie die Faust aufs Auge paßt.

Auch das Verbot von im Ausland gedruckten Zeitungen, die soweit sie sich mit der Tschechoslowakischen Republik beschäftigen, sich für die Selbstständigkeit, verfassungsmäßige Einheit, Integrität und demokratisch-republikanische Ordnung der Tschechoslowakischen Republik gegen jene Rache exponieren, die diese Rechtsgüter bedrohen, kann also nur unter Verletzung oder gewaltsamer Anwendung der Normen des innerstaatlichen tschechoslowakischen Rechts durchgeführt werden.

Wir müssen allerdings konstatieren, daß im Falle der jetzt in Paris erscheinenden „Arbeiter-Zeitung“ eine derartige, unserer Ansicht nach gesetzwidrige Maßnahme bereits erfolgt ist.

Sektionschef Bartoš in Pension. Der Präsident der Republik sprach dem Sektionschef des Ministerratspräsidenten Rudolf Bartoš bei dessen Scheiden aus dem aktiven Dienst Dank und Anerkennung für seine langjährigen Dienste aus. Der Vorsitzende der Regierung Dr. Milan Hodža empfing Sektionschef Bartoš, der die Funktion des Präsidialchefs im Präsidium der Regierung durch 17 Jahre innehatte und verabschiedete sich von ihm durch eine herzliche Anrede.

Ran erinnerte sich an den Streit in der SDP, der durch die Vorgänge um das Ehrengericht gegen Dr. Brand hervorgerufen wurde. Der Spruch des Kollegiums, welches Henlein selbst eingeseht hatte und das gegen Dr. Brand entschied, wurde vom Führer zuerst nicht anerkannt; dann änderte der Führer zwar seine Haltung, ließ aber die Richter im Ungewissen und richtete gegen sie zwei öffentliche Erklärungen, welche die so unruhig verlaufene Aktion „Wir schlagen zu!“ einleitete; schließlich sprach er dem von ihm selbst eingesehten Ehrengericht den Charakter eines Ehrengerichtes ab.

Als Henlein vor dem Landauer Gericht darüber aussagen sollte, hinterließ er den peinlichen Eindruck, daß er sich ohne leitende Hand im Fregarten der eigenen Führerherrlichkeit nicht mehr auskennt. Und nun deutet vieles darauf hin, daß wir vor einer Renaissade dieses erbeiternden Schauspiels stehen.

Dr. Gustav Jonak, der abgelehnte und ausgeschlossene Generalsekretär der SDP, jandte den bürgerlichen Blättern eine Erklärung zu seinem Ausschlusse, die folgenden Wortlaut hat:

„Verschiedene Darstellungen führender Amtswalter der SDP, darunter Konrad Henlein, die sich mit den Gründen meines Ausschlusses aus der SDP befassen, veranlassen mich zeitweilig, daß es nicht den Tatsachen entspricht, ich hätte mich geneigert, mich einer parteiamtlichen Untersuchung zu unterwerfen. Ich habe im Gegenteil sofort nach meiner Entbindung um Einleitung eines Ehrenschiedsverfahrens ersucht, nach 14 Tagen jedoch vom Leiter des Arbeitsamtes der SDP, Rammel, die Aufforderung erhalten, mich vor einem Untersuchungsausschuß in Prag einzufinden. Ich verweise darauf, daß es sich offenbar um ein Richterstands handelte, da sühnensgemäß für diesen Fall ein Ehrenschiedsverfahren zulässig sei. Außerdem erhielt ich von der Zusammenkunft dieses Untersuchungsausschusses erst nachträglich durch Zeitungsmeldungen Kenntnis. Auf meine schriftliche Anfrage bezüglich der Durchführung des sühnensmäßigen Ehrenschiedsverfahrens erhielt ich überhaupt keine Nachricht. Damit hat die SDP-Führung ihren eigenen Satzungen ausüben gehandelt und mich die Mächtigkeit einer Rechtssituation innerhalb der Partei mißachtet genannt. Eine Berücksichtigung der betreffenden Schriftsätze behalte ich mir vor.“

Ran kann nicht sagen, daß diese Erklärung irgendwie gehässig wäre, doch läßt sich auch nicht übersehen, in welcher Weise Henlein von seinem

Führerpedestal gehoben und als einer unter Gleichen in den Kreis der SDP-Leitung — wer denkt dabei nicht an den Kameradschaftsbund? — gestellt wird. Sühnensmäßiger Handlungen wird die SDP-Leitung beschuldigt. Doch gerade weil Konrad Henlein nicht persönlich beschuldigt wird, sagt die Erklärung über ihn:

Henlein, der Jonak ernannte, dann abscheute und aus der Partei ausschloß, Henlein, der nach den Satzungen der Partei der unumschränkte Führer ist und mit seiner Person alles verantwortet, ist eben nicht der Führer. Er ist offensichtlich einer der führenden Amtswalter — und trägt nur deshalb die größere Verantwortung, weil er sich so bereitwillig in die Rolle gefunden hat, die ihm zugedacht wurde.

Obwohl der Ausschluß Jonaks die Form eines persönlichen Beschlusses Henleins trägt, denkt Jonak nicht daran, sich an ihn zu halten und die Leute um ihn und hinter ihm zu übergehen. Sein Angriff geht gegen die SDP-Leitung, die Kameradschaftsbündler!

Dah er mit diesen noch manches auszutragen hat, illustriert ein Bericht, der in SDP- und Oppositionskreisen kolportiert wird.

Es wird berichtet, daß zum Nürnberger Parteitag außer Henlein noch Frank, Kolwer, Kreißl und Jonak offiziell eingeladen wurden. Rudi war zwar nicht offiziell eingeladen, er fuhr aber doch nach Nürnberg — mit der Pressekarre Dr. Sedelwitsch. Dem damaligen Generalsekretär der SDP, eben Dr. Jonak, wurde die Einladung nicht übermittelt. Sie wurde zurückgehalten — aber nicht in Deutschland. Er ist also nicht über Bord war, teilte man Dr. Jonak iconisch mit, daß auch für ihn eine Einladung angenommen sei!

Eine Abneigung gegen Reisen nach Deutschland war in der SDP bisher nicht festzustellen. Wenn also der Generalsekretär der Partei auf so einfache Weise an der Fahrt nach Nürnberg gehindert wurde, muß man die Beweggründe dazu anderswo suchen.

Der Kampf zwischen Dr. Jonak und seinem Kreis auf der einen, der Führerschaft in der SDP auf der andern Seite ist durch die letzte Erklärung des Ausschlusses in eine neue Phase getreten. Dr. Jonak hat sich die Veröffentlichung der Schriftsätze vorbehalten, vermutlich in der Annahme, daß die SDP sich gezwungen sehen muß, zu seiner Erklärung Stellung zu nehmen.

Der deutsche Sender und seine Bedeutung

Minister Nečas über den Rundfunk

Die Rundfunkzeitung „Soet mluv!“ hat den Fürstminister Ing. Nečas nach seiner Meinung über die Möglichkeiten demokratischer und staatsbürgerlicher Propaganda durch den Rundfunk befragt. Ing. Nečas spricht in seiner Antwort vor allem davon, was der Bevölkerung durch den Rundfunk mitgeteilt werden muß, wenn der Rundfunk positive Arbeit leisten soll: die Arbeit auf sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Gebieten, die Arbeit in der Selbstverwaltung, im Schulwesen, auf dem Gebiet des Gesundheitswesens usw. Neben guten Technikern, Ingenieuren, wissenschaftlichen Arbeitern, Ärzten und Juristen braucht die Demokratie auch gute Journalisten, Libretisten, Dramatiker und Dichter. Die es verstehen, den Menschen das nahe zu bringen, was für das Volk getan wurde und was in demokratischer Zusammenarbeit — vorbereitet

wird. Die Demokratie diktiert nicht, sie überzeugt. In dieser Funktion steht der Minister die grundlegende Aufgabe des Rundfunks. Es geht in der Demokratie aber nicht nur darum, zu sagen was getan wurde, sondern vor allem auch darum, die weitesten Kreise zu aktivieren und schöpferischer Mitarbeit nicht zu bloß passiver Aufnahme der Tatsachen zu gewinnen. Der Minister Sender, sagte Ing. Nečas, wird nicht umsonst eine Etappe auf dem Wege zur nationalen Verständigung, ein lebendes Instrument des Austausches kultureller Güter zwischen Deutschen und Tschechen, eine demokratisch-republikanische Institution im Geiste des humanistischen Deutschtums genannt. Dieser Sender ist ein deutscher Sender in einem demokratischen Staat, im Herzen Europas, und dadurch ist seine Bedeutung für den Staat und den demokratisch-humanistischen Gedanken gegeben.

Das neue Postgebäude in Bodenbach

Dank der Initiative der Sozialdemokraten in der Bodenbacher Stadtvertretung und dem Entgegenkommen der Stadtvertretung entsteht nun an der Ecke Poststraße — Dresdner Straße ein neues, dem Bedürfnis der Zeit entsprechendes Postgebäude, nach dessen Fertigstellung ein großes Uebel beseitigt sein wird, das in der völligen Unzulänglichkeit des bisherigen Postgebäudes besteht. Der Baubeginn wurde dadurch beschleunigt, daß die Stadtgemeinde die erforderlichen Grundstücke unentgeltlich beigelegt hat. Dem energischen Eingreifen der Stadtvertretung und vor allem des sozialdemokratischen Bürgermeisters Kessler ist es zu danken, daß fast sämtliche Arbeiten an heimische Firmen vergeben wurden, wodurch eine ganze Reihe hiesiger Firmen zu Verdienst kommen und viele heimische Arbeiter Brot und Arbeit finden.

Das Gebäude wird in der Dresdner Straße drei Stockwerke, in der Poststraße zwei Stockwerke hoch sein. Vom zweiten Stockwerk aus wird durch eine Brücke direkt mit dem Bahnhof verbunden werden und da auch die Bahnhöfe in dem neuen Gebäude untergebracht wird, erfährt auch der Bahnhof eine notwendige Entlastung.

Das Gebäude besteht aus zwei Trakten. Die verbaute Fläche beträgt 771 Quadratmeter.

Im Souterrain werden Keller, Magazine und die Kesselräume für die Zentralheizung untergebracht werden. Im Parterre sind die Räume für den Nachdienst, Post- und Paketverkehr, ferner in dem Trakt in der Dresdner Straße die Kassen- und Schalterräume für den Geldverkehr vorgesehen. Das erste Stockwerk wird in seiner ganzen Ausdehnung die Sortierräume und das Postkolliamt enthalten.

Im zweiten Stockwerk werden das Telegraphenamt und Kasseleien untergebracht werden. Das dritte Stockwerk ist für Dienstwohnungen bestimmt.

Der Bau, der im Laufe des kommenden Jahres fertiggestellt sein dürfte, wird von der Firma Hargel, Bodenbach, ausgeführt. Die Baukosten dürften etwas über zwei Millionen Kč betragen.

Künftiges Treffen der Arbeiter-Winter-Touristen und -Sportler, verbunden mit Wettläufen am 5. und 6. Jänner in Rabana im Erzgebirge. Standort die Touristenbaude der tschechischen Arbeiter-Touristen. Teilnahmeberechtigt Naturfreunde, Kreis und D.R. Gäste auslassen. Meldungen bei den Verbandsleitungen bis 25. Jänner. Disziplinen: 1. lambinierter Lauf 18 Kilometer mit 4-Kilometer-Hindernislauf; 2. Mannschaftsloaf; 3. Kilometrieren; 4. Frauen; 5. Kilometer. — Das Ministerium für Schulwesen und Volkshilfsangelegenheiten spendete einen Vokal für den Lauf. Anweisungen bei den Verbandsleitungen.

Jonak spricht in einer Oppositionsversammlung

Die Oppositionsbewegung innerhalb der tschechisch-Tscharauer SDP zieht weitere Kreise. Es ist nicht bei den Ausschüssen der letzten Zeit geblieben, welche die benennbare Bezirksleitung vorgenommen hatte, sondern es hat auch eine ziemliche Anzahl von Mitgliedern dieser „Volksgemeinschaft“ aus freiem Entschluß den Rücken gelehrt. Aber nicht nur gewöhnliche Mitglieder, sondern auch Funktionäre, welche dort immerhin etwas mitzureden gehabt haben, vollzogen diesen Schritt. Die „soziale Gerechtigkeit“ innerhalb der SDP hat bereits so harte Normen angenommen, daß Arbeiterhandwerker ihr davonlaufen. So ist auch einer gegangen, welcher der Bezirkssozialkommission als Mitglied angehört.

Die Gruppe in Mähr.-Tschau, die sich um Dr. Jonak sammelt, hielt am 22. Dezember zunächst eine S-B-Versammlung ab, an welcher 90 bis 100 Oppositionelle teilnahmen. Das Referat erstattete Dr. Jonak selbst, wobei auch Behauptungen, die unlängst der Abgeordnete Kollebe aufgestellt hatte, als unwahr bezichtigt wurden. In jener Versammlung sollen auch Beschlüsse über organisatorische Aufgaben für die nächste Zeit (Partei-gründung?) gefaßt worden sein.

Textilindustrie und Geburtenziffern

Unter Hinweis auf das Exposé des Gesundheitsministers haben die deutschen Arbeiterverbände festgestellt, daß an der höheren Säuglingssterblichkeit in den deutschen Gebieten der Republik außer den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch noch ein besonderer Umstand eine Rolle spielt: die Tatsache, daß die Bezirke mit der größten Textilindustrie mit die geringsten Geburtenzahlen aufweisen. Dies steht weiterhin damit im Zusammenhang, daß in der Textilindustrie eine außerordentlich hohe Anzahl von Arbeiterinnen beschäftigt wird. Der Gesundheitsverwaltung wird deswegen empfohlen, sich mit diesem wichtigen Problem zu befassen und die nötigen Folgerungen zu ziehen. (SDP)

General Motors entlassen 30.000 Arbeiter

Neu York. Der Automobilkonzern General Motors hat beschlossen, mit Wirkung vom 1. Jänner 1938 30.000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen. Begründet wird diese Maßnahme mit dem allgemeinen Geschäftsrückgang während der vergangenen drei Monate in fast allen Zweigen des amerikanischen Wirtschaftslebens.

Große Kursstürze in New York

New York. Die Effektenbörse hat Dienstag einen der schlimmsten Tage seit einer langen Reihe von Wochen erlebt. Allgemein wurde Verkauf und zum Schluß der Börse war die Mehrzahl der Kursgewinne seit Mitte Oktober verloren. Die wichtigsten Wertpapiere gingen bis um fünf Punkte zurück, viele von ihnen sanken auf das tiefste Niveau des letzten Jahres. 2.380.000 Aktien haben den Besitzer gewechselt. Die Waise wurde durch Befürchtungen hervorgerufen, daß sich wiederum die Klüfte zwischen den großen Unternehmungen und der Regierung verbreitert habe. Ebenso konnten die Nachrichten aus der Stahl- und Automobilindustrie keineswegs beruhigen.

Hebung der „Panay“?

Schanghai. Das Schiff „Sofie“, das einer britischen Firma gehört und acht russische Taucher sowie 70 chinesische Arbeiter an Bord hat, befindet sich auf der Fahrt nach Hankow, um den Versuch zu machen, das Kanonenboot „Panay“ zu heben. Das Kanonenboot „Dahu“ begleitet die „Sofie“ auf der ganzen, auf etwa vier Tage berechneten Fahrt.

Geschmuggelte Naziliteratur

Wien. In Schabding wurde bei der Zollkontrolle ein reichsdeutscher Personenwagen aus Passau angehalten. Im dem Wagen wurden nationalsozialistische Bücher und parteiamtliche Schulungsbroschüren, die zur Verbreitung in Österreich bestimmt waren, gefunden und beschlagnahmt. Die vier Insassen des Autos, darunter zwei SS-Männer aus Passau, wurden festgehalten.

An unsere Abonnenten, Kolporteurs und Inserenten

Anlässlich des Neujahrstages am Samstag, den 1. Jänner, entfällt unsere Sonntagsnummer vom 2. Jänner. Das Blatt liegt sonach drei Tage auf und ist für Insertion besonders gut geeignet.

Die Verwaltung.

Tagesneuigkeiten

Eine Erinnerung

Wie wir erfahren, wird der „Neue Vorwärts“ im Zeichen jenes totenhässlichen „Freiheitsdenks“, zu dem das Dritte Reich nicht das geringste beitragen wird, im Jänner sein Erscheinen einstellen und in Paris herausgebracht werden. Dieses Zurückweichen vor dem Druck der Faschisten erinnert an ein ähnliches Vorkommnis in der Zeit des Sozialistenaufstandes. Damals erließen das Organ der reichsdeutschen Sozialdemokraten, der „Sozialdemokrat“, in der Schweiz und Bismarck mischte sich mit dem gleichen Erfolg in die schweizerischen Verhältnisse ein wie jetzt Herr Goebbels in die tschechoslowakischen. Franz Mebring schreibt darüber:

„Die einzige Aktion der auswärtigen Politik unter Kaiser Friedrich war die Ausdehnung des „Sozialdemokraten“ aus der Schweiz. Durch persönliche Stellungnahme des Schweizerischen Gesandten in Berlin, durch drangaliertes Lärmen des deutschen Gesandten in Bern, nicht zuletzt auch durch Jugendhandicaps, die den Interessen der schweizerischen Industrie für die demnächstige Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags versprochen wurden, ließ sich der Bundesrat in Bern dazu überreden, im April 1888 Bernstein, Kotteler, Schuler und Lauffer aus dem eidgenössischen Gebiete zu weisen. Als Vorwand diente die Sachverhalte des „Sozialdemokraten“, durch die schweizerische Gastfreundschaft gemißbraucht und die guten Beziehungen zu einem befreundeten Staate gefährdet sein sollten. Darüber sagte Otto Lang, ein schweizerischer Beamter, bei einem der Ausgewiesenen gegebenen Abschiedsrede das gute Wort: „Es ist in der Weltgeschichte noch jedesmal etwas laut hergegangen, wenn große Dinge im Werden waren. Das Völkerrecht ist keine Frucht, die im Sonnenschein gedeiht, nein, in Sturm und Wetter ist sie gereift.“ Die Vertriebenen selbst aber erklärten in einem Aufsatz „an alle Freunde der Freiheit und des Rechts in der Schweiz“, nicht eine einzige Handlung sei ihnen nachgewiesen worden oder könnte ihnen nachgewiesen werden, die sich als ein Verstoß gegen das gemeine Recht qualifizieren, weder Vorbereitung noch Aufforderung, noch auch nur Ermunterung zu gewalttätigen oder hochverräterischen Unternehmungen. Was ihnen schuld gegeben werde, das beweise sich aus dem Gebiete der Meinungsinjuring durch die Presse, auf einem Gebiete, für das die eidgenössische Verfassung volle Freiheit gewährte. Der wahre Grund für die Ausweisung seien die Enthaltungen des „Sozialdemokraten“ über das schamvolle Treiben des deutschen Hochspiegelwezens, wofür Bismarck keine Rache nehme. Durch die Ausweisung würde die Schweiz zum Mittel der Bismarckschen Politik erniedrigt.

In allen aufrechten Bürgern der Schweiz rief der Gewalttat tiefe Beschämung und Entrüstung hervor. Zahlreiche Rundschreiben der Sympathie begleiteten die Ausgewiesenen, und Schweizer Bürger, in erster Reihe der wadere Konzert, führten das ungeliebte Weitererscheinen des „Sozialdemokraten“ im bisherigen Geiste und Tone. Jedoch um auch den Eber ein anderer Druck zu vermeiden, wurde er vom Oktober 1888 ab in London herausgegeben.“

Der „Patris“-Skandal vor dem Gericht

Beim Kreisgericht in Brugg begann der Prozess gegen die Funktionäre der Gemeinnützigen Bau- und Spardarlehngesellschaft „Patria“, die am 30. Dezember 1931 gegründet wurde, aber schon nach drei Jahren in Zahlungsunvermögen geriet. Die Anklage ist gegen die Funktionäre Adolf Wenger, früher Mühlenbesitzer in Einsiedel bei Marienbad, Rudolf Steingel, Otto Zuleger, Baumeister Friedrich Krumpholz, sämtliche aus Saaz, und Julius Frodl aus Mährisch-Bistitz gerichtet. Man wirft den Angeklagten Massenbetrug vor, bei dem viele hunderte kleine Leute verblühten, während die Funktionäre der Genossenschaft die einzigen Augewinneten waren. Die vorgenommenen Revisionen ergaben die Unrichtigkeit aller Bilanzen in den Jahren von 1932 bis 1934. Die Führung der Bücher wird von der Anklage als „bewußt lüderlich und gewissenlos“ bezeichnet. Die ausgewiesene Stabskapitänin führte Direktor Krenner immer in der Tasche bei sich. Private Ausgaben für Autoreparaturen usw. verrechnet Herr „Direktor Krenner“ immer der Genossenschaft. Die Eintragungen in das Kassabuch wurden von den Revisionsorganen als „vollkommen wertlos“ bezeichnet. Die Schätzungen bei der Erzielung von Darlehen waren „bewußt falsch“, Direktor Krenner, der am 14. September 1934 verhaftet, am 30. November 1934 jedoch wieder entlassen wurde, nahm nach seiner Entlassung sofort seine Tätigkeit in der „Patria“ wieder auf. Schließlich legt die Anklage dem Adolf Wenger noch zur Last, daß er bei einem am 7. Oktober beim Saazer Bezirksgewerke geleiteten Offenerbund bewußt verständig, daß er in Wölz in Schiefen ein Haus im Werte von 24.000 Mark besitzt. Bei seiner Entlassung bekannte er sich nur bezüglich des falschen Offenbarungsbuchs für schuldig.

Meuternde Fremdenlegionäre

Cran. In der Nacht von Samstag auf Sonntag plünderten fünf Soldaten der Fremdenlegion von Cran das Arsenal in Wines-Gadschar,

Das Unglück von Bergreichenstein

Die Ursache: Falsche Weisungen aus Ruzyně?

Die drei Todesopfer der Flugzeugkatastrophe am Knappenberg wurden bereits nach Prag übergeführt, nachdem am Montag die Obduktion vorgenommen worden war. Der Pilot Lich wird Donnerstag im neuen Prager Krematorium eingeäschert werden. Dr. J. Landerl wird ebenfalls in Prag begraben werden. Die Leiche des Radiotelegraphisten Kuznec wird nach Frankreich übergeführt werden.

Die Resultate der bisherigen Untersuchung sind noch nicht bekannt; den Meldungen eines Prager Boulevardblattes, das unter Berufung auf Informationen aus Kreisen der Berufsflieger von einem Verschulden des Fluglokalpersonals in Ruzyne zu berichten wußte, tritt der Verband der Flieger entgegen.

Der abends erscheinende „M-Jet“ meldet jedoch, daß das Flugzeug von der Station Ruzyne, die annahm, daß es sich verirrt habe und nordwestlich von Prag sei, die draklose Weisung erhielt, südwestlich zu fliegen. Da der Pilot aber südwestlich von Prag war, bedeutete dies, daß er gegen dieser Anweisung statt in der Richtung nach Praga in der entgegengesetzten, dem Südwesten zu, flog. In der normalen Höhe von 1000 Metern fliegen die Flugzeuge in den Wäldern auf dem 1080 Meter hohen Knappenberg, wo es geschah.

Die Trümmer der Maschine wurden an Ort und Stelle von Kommissionen untersucht, die nach Bergreichenstein einerseits vom Ministerium für öffentliche Arbeiten dorthin wurde, andererseits von der tschechoslowakischen Air-Force, deren Flugzeuge den Dienst auf der Strecke Wien—Prag versehen. Die unversehrt gebliebenen Apparate wurden verpackt und nach Prag geschickt, wo die Untersuchungen der Flugzeugbesatzung mit den

worauf sie flüchteten. Unterwegs zogen sie ein Auto zum Stehen, in welchem sich ein Kapitän befand, den sie festhielten und auf die Straße warfen. Die Behörden verständigten die Gendarmerie in Sidi-el-Awes, die Hindernisse auf der Straße bei Timuna errichtete. Die Flüchtigen verfluchten die Hindernisse mit großer Schwärze zu nehmen, worauf die Gendarmerie auf das Auto feuerte, das schließlich zum Stehen gebracht wurde. Die Soldaten flüchteten jedoch in den nahegelegenen Wald. Nur mit Hilfe von Verhaftungen gelang es, die Geflüchteten festlich zu machen und zu verhaften, außer einem, der vermißt wird. Einer der Fremdenlegionäre wurde bei der Schiere getötet und einer verwundet. Die Flüchtigen erklärten, daß sie nach Spanisch-Paraffo gelangen wollten.

100.000 Grammophon-Platten verbrannt

London. In einer der Hauptgeschäftstraßen in Londons West-Ende entzünd am Montag abends ein Lager- und Geschäftsräumen der Grammophonfabrik „His Masters Voice“ ein Feuer. Obwohl 50 Feuerwehrleute und 250 Feuerwehrmänner vier Stunden hindurch das Feuer bekämpften, brannte doch das ganze Gebäude aus. Circa 100.000 Grammophonplatten und zahlreiche Grammophon- und Radioapparate wurden vernichtet.

Zelluloid explodiert — sieben Todesopfer

Tosio. Durch eine Explosion von Zelluloid-Spielwaren brach in einem Eisenbahnwagen eines Sitzes in der Gegend von Wokje (Japan) Feuer aus. Zwei Waggons wurden vollständig zerstört. Sieben Personen kamen ums Leben, 34 wurden verletzt.

Widweil in Saaz. Dienstag nachts um 1 Uhr stiegen bisher unbekannt Täter durch ein rückwärtiges Fenster in eine in der oberen Vorstadt in Saaz gelegene Villa ein, überlieferten eine schlafende Frau, die sie mit vorgehaltenem Revolver zwangen, ihnen Geld zu geben. Tilschke ihnen in ihrer Angst auch 400 Kč aus. Daraufhin begaben sie sich in das erste Stockwerk dieses Hauses, wo sie den Bruder der überfallenen Frau antrafen, dem sie 3000 Kč abnahmen. Nach verübter Tat verabschiedeten die Eindringlinge wieder auf dem gleichen Wege. Eine Personenbeschreibung, von ihnen konnte nicht gegeben werden, weil sie die überfallenen Personen mit einer Taschenlampe blendeten. Der eine der Täter trug eine Holzbocke in der Hand.

Eisenbahn fördert private Autobusförderung. Um den gegen sie erbobenen Vorwürfen zu begegnen, ist die Eisenbahnverwaltung dazu übergegangen, die ihr durch das Autogeseh eingeräumte Vorzugsstellung so wenig als möglich zu bemühen. Bei 574 neuen Autobuslinien, die seit Herausgabe des Gesetzes eingeführt wurden, haben die Staatsbahnen nur in acht Fällen von dem ihnen zustehenden Vorzugsrecht Gebrauch gemacht und staatliche Autobuslinien errichtet. Von 382 Gesuchen privater Autobustransportunternehmen um Steuerermäßigung haben die Staatsbahnen nur 30 nicht zur günstigen Erledigung empfohlen, wobei es sich meist um Geschäftliche handelt, die sich beim Betrieb ihrer Transporter Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. (DRD).

Aufzeichnungen der Flugplätze und Feistationen verglichen werden müssen.

Amlich: Noch keine Klarheit

Die mit der vorläufigen Untersuchung betraute Kommission des Arbeitsministeriums hat festgestellt, daß das Flugzeug und dessen Rotoren wahrscheinlich bis zum letzten Augenblick in volldiger Ordnung waren und daß die unmittelbare Ursache der Katastrophe in der ungenügenden Flughöhe zu suchen ist. An der Unglücksstelle war es nicht möglich, festzustellen, warum das Flugzeug mit seinen ordentlich funktionierenden Rotoren und mit Benzinvorräten, welche für zwei und auch mehr Flugstunden ausreichten, nicht in einer größeren Höhe flog.

Das spricht jedoch dafür, daß sich die Besatzung des Flugzeuges nicht bewußt war, sich über einem Gebiete von einer Höhe von rund 1000 Meter zu befinden. Das aufgefunden Band des Tonrekorrsators und der Paragrafen des Flugzeuges spricht vielmehr dafür, daß sich das Flugzeug bis zum letzten Augenblick in einer horizontalen Fluglage befand, und daß es mit einer Geschwindigkeit von rund 220 Kilometer gegen die Sonne flog.

Das Verlierer der Flugplatzes Ruzyně wurde technisch überprüft und es wurde gefunden, daß es erdenklich arbeitet und keine technischen Fehler aufweist. Das Logbuch des Bordfunks auf dem Flugzeug gelangte erst am 28. Dezember, um 19 Uhr (1) in den Besitz der Untersuchungskommission und konnte bisher sachmännlich nicht studiert werden. Bis zu dieser Zeit befand es sich in der Hand der tschechoslowakischen Polizei und wurde erst nach Abschluß des entsprechenden polizeilichen und gerichtlichen Untersuchungsprotokoll angefordert.

Der tschechoslowakische Generalkonsul in Chicago, Jaroslav Smetana, ist Montag nach einer Operation im Alter von 58 Jahren gestorben. Er gehörte zu den Mitarbeitern der tschechoslowakischen Revolution und leitete das Generalkonsulat in Chicago durch 17 Jahre.

Maurice Ravel gestorben. Dienstag früh starb in einer Pariser Klinik in der Rue Voltaire der bekannte französische Komponist Maurice Ravel im Alter von 62 Jahren.

Doppelbestmord. In einem Hotel im zehnten Bezirk haben sich Montag nachts der 24 Jahre alte Kaufmann Karl Senhofer und dessen 17jährige Geliebte Gertrude Toll erhängt. Sie verübten die Tat wegen einer Krankheit Senhofers.

Der britische Kreuzer „Orion“, der eine Tonnage von 7000 Tonnen besitzt, ist bei New Orleans in den Vereinigten Staaten mit einem tschechoslowakischen Dampfer zusammengecrasht. Der hierbei entstandene Schaden soll nicht groß sein.

Diebstahl in Paris. In letzter Zeit mehren sich in Paris mit Raubüberfällen verbundene Diebstahl. Während des Montags allein haben sich der Pariser Polizeidirektor zufolge vier solcher Fälle ereignet, hievon ein Straßendiebstahl, ein Überfall in einem Juweliergeschäft und zwei Überfälle auf ältere Geschäftsfrauen. Zwei Personen wurden hierbei schwer verletzt. In allen Fällen gelang es den Tätern — größtenteils jungen Leuten — zu entkommen.

Erdbebenserie in Mittelamerika. In den letzten vier Tagen wurden in Mexiko insgesamt 18 leichte Erdbeben verzeichnet. Das Epizentrum (der Mittelpunkt) befindet sich in Süd-Mexiko an der Grenze zwischen den Staaten Oaxaca und Guerrero. Montag nachmittags ereigneten sich besonders starke Erderschütterungen. In Salva-

dor hat sich ein starkes Erdbeben ereignet. Drei Personen kamen ums Leben, eine große Zahl wurde verletzt.

Schlacht mit bolivianischen Banditen. Wie aus Cochabamba gemeldet wird, ereignete sich dort ein Zusammenstoß zwischen Polizei und einer großen Gruppe von Banditen. Bei dem entstandenen Feuergefecht wurden acht Banditen und zwei Polizisten getötet.

Spinale Kinderlähmung in Australien. 1300 Personen sind hier an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Bisher hat die Epidemie 72 Todesopfer gefordert.

Die Michailow-Mazedonier rühren sich! In letzter Zeit läßt sich eine lebhaftere Tätigkeit der revolutionären Gruppe der Michailow-Anhänger, und zwar sowohl in Bulgarien als auch im Ausland, namentlich in den Vereinigten Staaten, feststellen. Die eine bulgarische Emigration größtenteils mazedonischen Ursprungs besitzen. Ivan Michailow, der nach dem Mai-Limiturgen des Jahres 1934 in die Türkei geflüchtet war, ist kürzlich mit seiner Frau nach der Insel Prinkipo im Marmara-Meer übergeföhrt. Vor kurzem wurde ein neuer Revolutionsausfluß eingeleitet, an dessen Spitze Mile Kretow, Ante Demick und Mile Kretow stehen. Diese Personen spielten bisher in der Michailow-Bewegung eine untergeordnete Rolle. Der mazedonische Revolutionsausfluß entsandte auch Auslandsvertreter nach Berlin, Budapest und Wien.

Telegraphische Glückwünsche. In der letzten Zeit wurden sechs neue Arten von Telegrammschmuckblättern ausgegeben; zu den Weihnachtsfeiertagen wurde am meisten das Blatt Nr. 12 mit einer Winterlandschaft verwendet, dessen Autor der Maler und Graphiker Karel Vif ist. Für Neujahrswünsche eignet sich außer diesem Blatt insbesondere noch das Blatt Nr. 5 von der Materin Fischerova-Schöpfung mit vier die Symbole des Glücks bringenden Kindern. Die Glückwunschtelegramme zum Neuen Jahre sind um die Hälfte bis zu drei Vierteln des vollen Satzes verbilligt. Im Verkehr mit dem Auslande sind verbilligte Glückwunschtelegramme nur bis 6. Jänner erlaubt. (Vom Post- und Telegraphenministerium.)

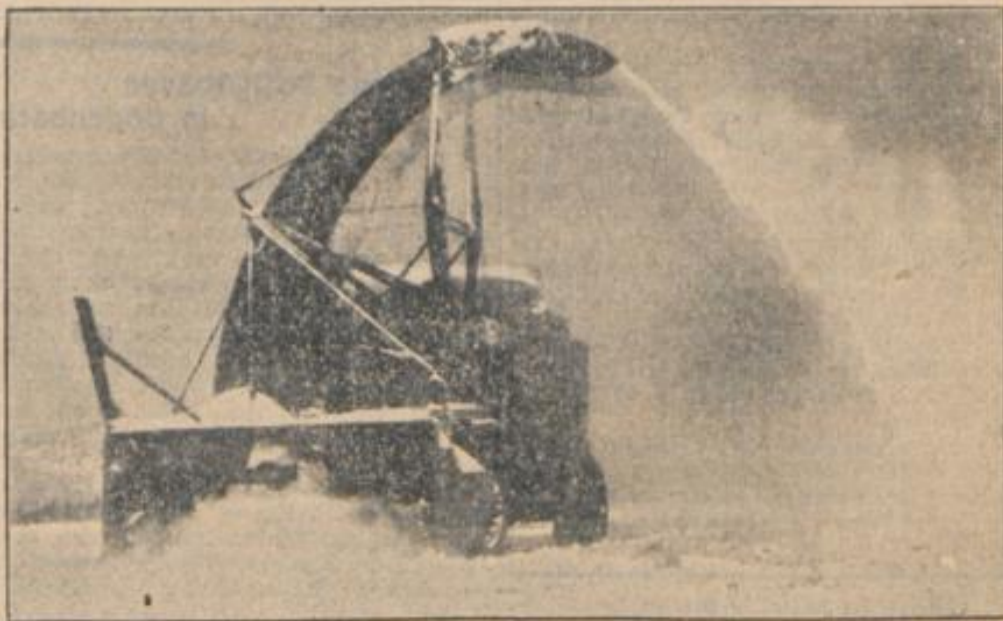
Unbekändig. Eine leichte Druckstörung, die sich über Dänemark ausgebreitet hatte, hat Dienstag in Deutschland und in der Westhälfte der Republik leichte Schneefälle herabgelassen. In den Karpatenländern ist es dagegen stellenweise ziemlich heftig. Im ganzen Binnenlande herrscht andauernd Frost, in den Niederungen von rund minus 5 Grad Celsius. Rum mehr ist auch eine neue Druckstörung über der Adria entstanden, deren Einfluß sich allmählich nordwärts ausbreiten dürfte; in Jugoslawien fällt seit Dienstag morgens andauernd Schnee. — Wochenscheinliches Wetter Mittwoch: Andauern der winterlichen Witterung, jedoch im ganzen vorwiegend leichte Abmilderung. Vorwiegend bis wachsend bewölkt, stellenweise leichte Schneefälle, schwacher Wind. — Wetterausichten für Donnerstag: Unbekändig, zeitweise Schneefall, Frost.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Dienstag:

Prag, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 12.10: Schallplatten, 14: Deutsche Sendung: Dr. Hückler: Kulturhistorische Weltgeschichte, 15.15: Konzert des Prager Quartetts, 17.30: Deutsche Sendung: Vieder alter Meister, 18.10: Landwirtschaft, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Naturleben, 20.45: Konzert der tschechoslowakischen Philharmonie: Rodol. Kerker, 22.30: Beethoven: Sonate B-Dur. — Prag, Sender II: 14.20: Deutsche Sendung: Kleines Solistenkonzert, 14.25: Deutsche Presse, — Brünn 16.10: Rundfunkorchesterkonzert: Mozart, Bruch etc., 17.40: Deutsche Arbeiter-Liederkreis: Wilhelm Kiehn: Aus der Vergangenheit der Arbeiterbewegung. — Preßburg 11.05: Militärmusik. — Kaschau 12.05: Schallplatten. — Mährisch-Odrau 17.55: Deutsche Sendung: Kinderstunde: Vieder und Chansons.



New Yorks neuer Schneesauger versagt in den Vororten

Der neuartige Schneesauger, der von der New Yorker Stadtverwaltung mit großem Erfolg zur Straßenreinigung der Innenstadt eingesetzt wurde, sollte jetzt auch in den gartenstadtähnlichen Vororten anprobieren werden. Dort hat sich die neue Einrichtung jedoch nicht bewährt, denn die Saugkraft der Maschine war so hoch, daß nicht nur die Schneedecke, sondern auch darunterliegende Gleise und Grasnarben der Parkare entworfen wurden. Dabei sind beschädigte der neuen Saugmaschinen beschädigt worden. — Hier sieht man einen Schneesauger in Tätigkeit.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Unsere landwirtschaftlichen Ergänzungswirtschaften

In der Tischscholliowafel gibt es 1.625.705 landwirtschaftliche Betriebe. Unter den landwirtschaftlichen Betriebsstätten finden wir jedoch bloß 880.997 selbständige Betrüger. Verfolgen wir die Statistik weiter, so sehen wir, daß es im ganzen Staate nur 844.968 Wirtschaften gibt, die als selbständige (selbständige) Betriebe anzusehen sind. Alle übrigen, also 780.737 Betriebe, sind Ergänzungswirtschaften. Das sind solche Betriebe, deren Besitzer zur Beilegung ihres Lebensunterhaltes noch einen anderen Beruf ausüben müssen. In 190.782 Fällen ist die Landwirtschaft noch Hauptberuf, in den übrigen 689.955 jedoch nur mehr Nebenberuf. Als Nebenberufstätigen kommen in erster Linie die selbständigen Handwerker und Gewerbetreibende des Landes in Betracht. Sie machen etwa ein Fünftel aus. Dann haben wir jene Besitzer, die gleichzeitig land- und forstwirtschaftliche Arbeiter sind. Sie befinden sich in der gleichen Zahl wie erstere. Und schließlich haben wir die Gruppe der Arbeiter in der Industrie und im Bergbau, die fast die Hälfte aller jener landwirtschaftlichen Betriebe erreichen, denen die Landwirtschaft nur Nebenberuf ist. Es sind selbstverständlich die kleinsten Betriebe, die hauptsächlich einem Erwerb in der Industrie nachgehen müssen.

In den Sudetenländern gibt es 118.535 deutsche und 828.099 tschechische Nebenberufswirtschaften. Von ihnen haben fast zwei Drittel nur einen landwirtschaftlichen Besitz von höchstens 1 Hektar und etwa ein Drittel von 1 bis 5 Hektar. Nur ein ganz kleiner Rest entfällt auf die übrigen Besitzgrößen. In den einzelnen Betriebsgrößengruppen wurde die Landwirtschaft als Nebenberuf wie folgt betrieben:

Betriebsgröße	In den überwiegend deutschen	tschechischen
	Besitzern in %	
bis 1 Hektar	82,0	80,7
Von 1 bis 5 Hektar	41,5	32,9
Von 5 bis 10 Hektar	10,3	5,8
Von 10 bis 20 Hektar	8,6	2,5

Wir sehen, daß bis 1 Hektar Besitz vier Fünftel und von 1—5 Hektar im deutschen Gebiete noch über 40 Prozent der Betriebe im Nebenberuf betrieblieben werden. Im deutschen Gebiete finden wir auch einen bedeutend höheren Anteil der Nebenberufswirtschaften als im tschechischen (43,4 gegenüber 41,1 Prozent). Während die Zahl der selbständigen Betriebe im deutschen Gebiete nur wenig geringer ist (45 gegenüber 45,7 Prozent), ist die Zahl jener Wirtschaften, wo die Landwirtschaft Hauptberuf ist, bereits beträchtlich kleiner (31,6 gegenüber 33,2 Prozent). Der bedeutend höhere Anteil der Nebenberufswirtschaften im deutschen Gebiete ist darauf zurückzuführen, daß dieses vorwiegend im Futterbaugebiete liegt und weniger ergiebig ist. In dem vorwiegend tschechischen Getreide-Kartoffelbaugebiete zum Beispiel ist nur etwa ein Viertel der Betriebe, die im Nebenberuf betrieblieben werden, während es in dem vorwiegend deutschen Futterbaugebiet fast 50 Prozent sind. Im Lausitzer Gebiete erreicht die Zahl der Nebenberufswirtschaften fast zwei Drittel aller Landwirtschaftsbetriebe. Aber auch in den nordwestböhmischen Industriebezirken, die im Getreidebaugebiete liegen, überwiegen teilweise die Nebenberufsbetriebe bedeutend die selbständigen. So tragen die letzteren im Bezirke nur nur 320, erstere aber 874, im Bezirke Leitzen 1068 und 1970. Die Zahl der Betriebe, wo die Landwirtschaft Hauptberuf ist, ist in diesen beiden Bezirken klein. Sie beträgt 194 und 244.

Diese Statistik beleuchtet die Tatsache, daß unsere zur Landwirtschaft geübte Bevölkerung in hohem Maße eine landwirtschaftlich-industrielle ist. Je nach der Höhe des Anteils der Ergänzungswirtschaften am landwirtschaftlichen oder industriellen Besitze werden landwirtschaftliche oder industrielle Interessen in den Vordergrund treten. Mit großer Deutlichkeit wurde gezeigt, daß in den Sudetenländern nur 45 Prozent, im ganzen Staatsgebiete etwa 56 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe rein landwirtschaftliche Interessen haben. Alle übrigen Betriebe sind mehr oder minder an einer industriellen oder handwerklichen Beschäftigung interessiert. Wir kennen schon, daß die Betriebe im deutschen Gebiete mit ihren ärmeren und zum Teil auch betroffenen Wäden in hohem Maße industrielle Beschäftigung erfordern. Die nordböhmischen Kleinbäuer fanden diese in den dort heimischen Industriezweigen, die Wälderwälder als Wanderarbeiter, wie Maurer, Zimmerleute, in den Südländern. In der Zeit der Wirtschaftskrise wurden die meisten der industriellen Beschäftigten beraubt. Not und Entbehrungen zogen in ihre Häuten ein. Der ganze Ertrag aus der Landwirtschaft reichte zur Beilegung des Lebensunterhaltes bei weitem nicht aus. Aber auch heute sind viele von ihnen noch ohne Arbeit. Aus dem Verlust ihrer ehemaligen früheren Beschäftigung, aber auch bereits aus der Tatsache, auf zwei Ergänzungswirtschaften angewiesen zu sein, ergeben sich zahlreiche Probleme, die noch ihrer Lösung harren. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich eine staatliche Stelle dieser Fragen annehmen und sie in ihrer ganzen Bedeutung aufrollen würde. Versuche, eine halb-

wegs befriedigende Lösung der dringendsten Probleme herbeizuführen, blieben bisher leider ohne Erfolg.

Kan der Fülle der Probleme seien hier nur einige hervorgehoben. Da ist in erster Linie die Frage „wer ist Landwirt?“ So oft eine landwirtschaftliche Hilfsaktion durchgeführt wird, drängen die Agrarier darauf, daß sie den Kur-Landwirten zuzukommen, während man alle jene, die noch irgend einer Nebenbeschäftigung bedürfen, auszuliefern will. In den meisten Fällen ist es aber doch so, daß gerade Letztere die Unterstützung am dringendsten bedürfen. Andererseits werden diese kleinen Besitzer wiederum unter Verunsicherung auf ihre Wünsche und die paar Streifen Feld in ihren Mähten als Arbeiter verkurzt. Von der Ernährungssituation werden sie von vornherein ausgeschlossen. Man geht aber sogar so weit, daß man dem Gebirgler mit ein, zwei Kühen und einem Stück minderwertigen Grundes keine berechneten und erwerbenden Ansprüche auf die Unterstützung nach dem Genter Systeme freizugehen lässt. Man übersteht dabei vollständig, daß diese kleinen Besitzer in der gleichen bedürftigen Lage sind, wie die städtischen Arbeitslosen. Sie sind vollständig auf sich selbst angewiesen und haben meistens eine zahlreichere Familie. Das Schlimmste in diesen Fällen ist jedoch, daß keine Begünstigung für sie. Es muß deshalb gefordert werden, daß allen jenen Kleinlandwirten, die auf eine Lohnarbeit angewiesen sind, in der Zeit der Arbeitslosigkeit auch die Einrichtungen für die Arbeitslosen — vor allem die Arbeitslosenunterstützung — zugute kommen. Ferner müßte als selbstverständlicher Grundbesitz anerkannt werden, daß alle landwirtschaftlichen Grund- und Viehbesitzer ohne Rücksicht auf das Ausmaß der landwirtschaftlichen Hilfsaktionen teilhabig werden.

Darüber hinaus geht es um die Schaffung einer neuen Ertragsgrundlage für tausende Ergänzungswirtschaften. Viele müssen leider damit rechnen, ihre industrielle Beschäftigung in dem nötigen Maße nicht wieder erlangen zu können. Aufgabe des Staates müßte es nun sein, ihnen die Verringerung ihres Grundbesitzes zu ermöglichen, damit vor allem aus dem Ergänzungsbetrieben mit mehr Grundbesitz selbstständigen Wirtschaften werden. Ein Teil des nationalen Unrechtes, das bei der Bodenreform beantragen wurde, könnte dabei wieder gemacht werden. Der von den tschechischen Neubesitzern oftmals schlecht bewirtschaftete frühere deutsche Besitz wäre in erster Linie an diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die vom Abgeordneten Jasko im Verein mit dem deutschen Kleinbauernverband im Erfolg betriebene Aktion zur Kultivierung unfruchtbarer Grundstücke im Wälderwald mit Unterstützung des Landes ist ebenfalls ein wertvoller Beitrag zur Verbesserung der Lebensgrundlage unserer Gebirgslandwirte.

Selbstverständlich sollte mehr als bisher darauf gesehen werden, daß auch in unseren industrieärmeren Land- und Gebirgsbezirken Arbeiten durchgeführt werden, wobei die Ergänzungswirtschaften ebenfalls Beschäftigung erhalten. Es wäre einmal ernstlich zu prüfen, ob die Aktion zum Bause von modernen Düngemitteln und Raschgruben nicht in größerem Umfang ermöglicht werden könnte. Vielleicht wäre es auch möglich, die Bestimmungen über die Bewässerungen bei Hausreparaturen auch auf die kleineren Gemeinden auszuweiten, um auch die Baubewegung auf dem Lande etwas zu beleben. Zur Fortführung der Elektrifizierung der Land- und Gebirgsgemeinden wären die nötigen Mittel häufig zu machen.

Zusammenfassend wollen wir nochmals festhalten, daß sich unsere staatlichen Stellen, vor allem das Landwirtschaftsministerium, stets vor Augen halten sollten, daß die 1.625.705 landwirtschaftlichen Betrieben tiefgehende wirtschaftliche und soziale Differenzierungen aufweisen, die in der Gesetzgebung mehr als bisher Beachtung finden müßten. a. f.

Die Landebank in Prag teilt mit: Ende Juni und Dezember eines jeden Jahres werden die fälligen, nicht behobenen Zinsen von Einlagenbüchern zum Kapital angeschlagen, ohne daß es nötig wäre, die Einlagensbücher des Besizers zu beschreiben. Die geschehen Bestimmungen betreffend die Verzinsung von dreijährigen Einlagenbüchern finden auf die Interessen von Einlagen gegen Wechsel keine Anwendung. Für das abgelaufene Semester werden die Zinsen bei nächster Vorweisung des Einlagensbüchels mit dem 17. Jänner 1938 angezogen eingetragen.

Van Zeeland Bericht fertiggestellt. Der ehemalige belgische Ministerpräsident Van Zeeland, der im Frühjahr dieses Jahres von der britischen und der französischen Regierung mit der Durchführung einer internationalen Enquete über die Lösung der Weltwirtschafts- und

Finanzkrise betraut wurde, soll die Redaktion seines Berichtes darüber beendet haben. Informationen der Pariser Blätter zufolge beabsichtigt Van Zeeland u. a. die Errichtung eines internationalen Zahlungsausgleichsfonds, eine im großen und ganzen dem französischen Vorschlag vom Jahre 1931 ähnliche Lösung, vorzuschlagen.

Ausland

Mussolinis letzte Karte

Der jüngsten Nummer des in Paris erscheinenden Organs der italienischen Sozialisten „Giustizia Libertaria“ entnehmen wir folgende interessante Ausführungen:

In Italien haben manche geglaubt, daß der leichte Sieg in Abessinien dazu beitragen werde, den materiellen und moralischen Druck des Faschismus zu mildern. Aber die Enttäuschung durch Abessinien war grausam. Das Kaiserreich ist keine Realität, deren Wert und Wohltaten das Land füllte, sondern nicht viel mehr als ein rhetorischer Titel, der mit pompösen Worten die amtlichen Handlungen erfüllt. Niemand glaubt mehr an die Reichtümer Abessinien und an die Möglichkeit, daß aus jenem fernen Lande, in dem der Kleinkrieg nicht zu Ende kommt, eine Kolonialmacht entstehen würde. Selbst die Hierarchie mag das Scheitern der Versprechungen und Hoffnungen zugeben, die die Regierung zur Zeit des abessinischen Unternehmens getan und gewagt hat. Eben deswegen aber läßt man die Erinnerung und das Interesse wieder aufleben, indem man Redungen von blutigen Zusammenstößen mit nicht unterworfenen Stämmen verbreitet oder ganze Spalten der Blätter damit füllt, daß Marschall Graziani als Vizekönig durch den Herzog von Rojia und Lesona als Kolonialminister durch Mussolini ersetzt wurde — Änderungen, die man als den Beginn einer neuen und natürlich noch glücklicheren Epoche in der Geschichte des italienischen Afrika hinzustellen bemüht ist.

Auch im Hinblick auf Spanien kann der Faschismus — und der weiß es — nicht auf die Zustimmung des Volkes rechnen, das auch in dieser Hinsicht unerbitterlich feindselig eingestellt ist. Selbst in gewissen nationalen Bürgerkreisen haben die von der Regierung zur Unterstützung ihrer Interventionspolitik in Spanien vorgebrachten Argumente keinen Widerhall gefunden. Die Familien jener, die da hinuntergegangen sind, um Hunger zu leiden, fühlen wahrgenommen nicht patriotische Begründung über eine solche Intervention. Und die Familien der Gefallenen weinen im Stillen...

Die Wahrheit ist, daß der afrikanische wie der spanische Angriffskrieg nur die Not und Unterdrückung des Volkes vermehrt. Aber seit 15 Jahren gewöhnt, schweigend zu ertragen, beraubt jeder gezielten Möglichkeit der Kritik und der freien Meinungsäußerung, reagiert das italienische Volk nicht etwa mit gefährlicher Gehorsamsverweigerung, wohl aber mit Unruhe, mit Betrübnis, mit einem Seelenzustand, der zwischen zeitweiser Unzufriedenheit und verbitterter Resignation schwankt. Gerade dieses Seelenzustand aber bedient sich das Regime, um seine Politik des Abenteuers und Terrors zu rechtfertigen und fortzusetzen. Terror und Abenteuer stehen zueinander in Wechselwirkung.

Nachdem der Faschismus jede Möglichkeit des Widerpruches unterdrückt hat, läßt er gerade die Beunruhigung der Massen aus, um sie nach seinen Launen zu lenken. Er schiebt den anderen die eigene Schuld zu, macht den Egoismus zufriedener Staaten für das Elend verantwortlich, unter dem das italienische Volk leidet, und bemüht sich, die blutige Politik der Aufrüstung als eine vorübergehende Notwendigkeit zur Lösung des Problems nationalen Lebens und nationaler Größe hinzustellen; die Nation werde durch den Sieg und dann durch die Freiheit für die harten Prüfungen entschädigt werden, die sie jetzt über sich ergehen lassen muß.

Jedes dieser faschistischen Motive ist eine Lüge. Aber in Italien besteht ohne schwerste Ge-

fahren keine Möglichkeit, sie zu entlarven und deshalb kann der Faschismus fortfahren, aus den materiellen und moralischen Leiden der Nation seinen Vorteil zu ziehen und sie in derselben Zeit zu verlängern und zu erschweren, da er sie zu teilen sich rühmt.

Man darf also nicht etwa damit rechnen, daß die Unruhe und Unzufriedenheit, von der weite Schichten des italienischen Volkes erfaßt sind, schon einen Vorteil für die Antifaschisten bedeutet, es handelt sich vielmehr darum, diesen Seelenzustand der Betrübnis und Unzufriedenheit auf eine andere und höhere Bahn zu führen und in eine positive Kraft der Opposition und des Widerstandes zu verwandeln, die Italiener beizutreten zu machen, daß der Krieg nicht eine Entwicklungsnotwendigkeit der Nation ist, sondern vielmehr die letzte Karte, die die Diktatur in dem schrecklichen Spiel, bei dem sie die eigene Rettung mit den Interessen des Landes verwechselt, auszuspielen bereit ist. Die Italiener müssen begreifen lernen, daß der Krieg, für den Mussolini rüstet, ein Krieg des Faschismus und nicht Italiens, daß der wahre Feind des italienischen Volkes im Innern des Landes zu suchen ist.

Amerika und der Völkerbund

Die Londoner Presse verfolgt mit größter Aufmerksamkeit die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den japanischen Neutralitätsverletzungen in China. Das Telegramm des bei den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen geschlagenen republikanischen Kandidaten Alf Landon an Roosevelt, in dem Landon erklärt, daß ganz Amerika hinter Roosevelts Politik gegenüber Japan stehe, ist in England mit großer Genehmigung aufgenommen worden, und noch größere Bedeutung hat man der Antwort beigewomen, die Roosevelt auf dieses Telegramm gab; in dieser Antwort ließ er nämlich: „Während unserer langen Geschichte haben wir Amerikaner immer die Vorstellung zurückgewiesen, daß wir eine absolute Sicherheit dadurch erreichen können, daß wir die Augen vor der Tatsache verschließen, ein Teil der großen Welt anderer Nationen und Völker zu sein, ob uns diese Tatsache nun gefällt oder nicht. Deshalb müssen wir zu einem gewissen Maß von Zusammenarbeit bereit sein, ja, auch zur Führerschaft bei der Erhaltung einer Politik, die dem letzten Ziel des allgemeinen Friedens dient.“ Von der „British United Press“ wird auch auszugswiese ein Zeitungsartikel mitgeteilt, den jüngst Oberst House, der bedeutendste außenpolitische Mitarbeiter des Präsidents Wilson, veröffentlicht hat. „Wenn der große Krieg in Kürze ausbrechen sollte“, schreibt Oberst House, „müßte das Kommando eventuell an die Vereinigten Staaten übergehen. Die Welt blickt auf die Vereinigten Staaten, aber wir werden sie nicht enttäuschen.“

In einem Leitartikel kommentiert der „Daily Herald“ den Stimmungsumschwung in Amerika und erklärt: „Wir wollen eine Voraussage für das Jahr 1938 riskieren. Das nächste Jahr wird einen Stimmungswandel zugunsten der Idee des Völkerbundes, ja des Völkerbundes selbst bringen. Wir sagen vorher, daß die Periode der Resignation vorüber ist und daß das nächste Jahr jeden wird, wie die friedlichen Nationen ihrem Weg zurück nach Genf nehmen werden. Und warum werden sie nach Genf zurückgehen? Nicht wegen eines besonderen Anwachsens des internationalen Idealismus, nicht wegen einer rein intellektuellen Belehrung. Die friedlichen Nationen werden nach Genf zurückgehen, weil die Tatsachen sie dorthin führen werden und weil es keinen anderen Weg zur Sicherheit gibt.“

Rio de Janeiro. Wie erst jetzt bekannt wird, sind eine Reihe bekannter Persönlichkeiten seit der Errichtung der Diktatur verhaftet worden. Unter ihnen befinden sich auch Bernardes, der ehemalige Präsident von Brasilien, Fernand Oliveira, der frühere Gouverneur von Sao Paulo, Carlos, der ehemalige Kammerpräsident, Mangabeira, der frühere Außenminister, sowie eine Reihe von Parlamentariern, fünf demokratisch gesinnte Generale, zwei Obersten und der Chef des Fliegens von Rio de Janeiro.

Tolle Wetten in USA

247 Fliegen.

Es war im Staate Ohio. Dort hatten zwei ehrenwerte Farmer eines Tages den Einfall, eine Wette abzuschließen, wer von ihnen die größere Anzahl Fliegen finge. Mit der bloßen Hand und in der Zeitspanne von einer Stunde. Die „Sekundanten“ müßten den beiden Wettbewerbern die Finge am Rücken festbinden, und dann ging es — im fliegenreichen Stall des einen — los. Derjenige, welcher diese Wette vorgeschlagen hatte, unterlag, weil er es „nur“ auf 176, sein Gegner aber auf 247 Fliegen brachte.

Ein Sprühdübel.

Zwei Cowboys in Buffalo liebten ein- und dasselbe Mädchen. Das kommt vor. Das Mädchen war anscheinend beiden Jungen gut und schwanke bei der Entscheidung. Das wäre auch nichts ungewöhnliches gewesen. Ungeöhnlich war nur der Art, wie die beiden Rivalen den Kampf um die holde Schöne austrugen. In der rauchgelblichgrünen „Bar“ des Ortes stellten sich die zwei zum Duell. Nicht etwa mit einer Schuß- oder Stroh-

waffe, auch nicht mit Lasso und Peitsche, nein. Mit einer Sodawasserkflasche traten sie an. Dann begannen sie sich gegenseitig so lange anzupfeifen, bis der eine der Duellanten lapidarer wurde.

Grustriumpher.

Ein sehr bekannter Politiker und ein ebenso populärer Filmstar, und zwar ein männlicher, tritten, wer von ihnen die größere Volksnähe besäße. Ein gemeinsamer Bekannter schlug nun ein Mittel vor, das den Nachweis zu erbringen vermog, wer von den beiden eifigen Gentlemen im Rechte wäre. Sie sollten unter Kontrolle der anwesenden Tischrunde auf die Straße gehen, und zwar jeder abwechselnd auf der einen oder anderen Seite, und die Unparteiischen sollten in angemessener Entfernung als Punktrichter sogenannte mitgehen und die Grüße zählen und notieren. Gestagt, getan. Der Abgeordnete wurde von den Vorübergehenden um einige Hundertmal weniger gerufen als der Filmstar, der jetzt nun neben anderen auch einen Grustriumpher feiern konnte.

Balschrei-Olympiade.

Eine Klucht von zehn nebeneinanderliegenden Zimmern. Ins erste werden Babys gebracht. Der Raum ist groß und lahl. In der unbekanntem Um-

gebung und allein beginnen die Säuglinge erst zu weinen, dann zu schreien, zu brüllen. Wie alle Babys es tun. Hier hat es sich sicher aber um die für die Kulturwelt so wichtige Entscheidung — welches der Rindchen am lautesten schreie — gehandelt. Das wurde festgestellt bei dem Säugling, den man trotz erschlossenen Füren noch im zehnten Zimmer hat brüllen hören. Der Sieger, oder die? mehr die Siegerin, denn wie voraussehen, war es ein Baby weiblichen Geschlechts, das alle überlebte, erhielt einen Dampfmantel und ein Diplom. Daraufhin soll das Kind noch mehr gebrüllt haben...

Reißer Roffa.

Einen noch blühenderen Wettbewerb haben sie vor kurzer Zeit in Texas angestellt. Reha Bewerber wurde je eine Tasse heißen heißer Roffa serviert. Die Konkurrenten mußten nun so stark und unausgesetzt blasen — mit dem bloßen Mund —, bis der Kaffee auf Zimmertemperatur gesunken war, was mittels kleiner Thermometer festgestellt wurde. Bei dieser „Bettartaltung“ war wieder das männliche Geschlecht siegreich.

Was soll der arme Europäer zu all dem sagen? Er kann es nicht fassen und wird es nie verstehen.

Man erhält für	K8
100 Reichsmark	608.—
Markmünzen	665.—
100 österreichische Schilling	526.50
100 rumänische Lei	16.35
100 polnische Nowy	507.50
100 ungarische Pengö	551.50
100 Schweizer Franken	656.50
100 französische Francs	96.20
1 englisches Pfund	141.25
1 amerikanischer Dollar	28.30
100 italienische Lire	121.40
100 holländische Gulden	1577.—
100 jugoslawische Dinare	61.05
100 Belgas	483.—
100 dänische Kronen	631.—
100 schwedische Kronen	729.—

